



Presseschau vom 10.09.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Wahleinmischung? Twitter sperrte Konto eines Kandidaten für die Dumawahlen**

Das Konto eines bekannten russischen Fernsehmoderators und Kandidaten bei den Dumawahlen wurde von Twitter gesperrt. Grund ist angeblich die Weitergabe privater Daten. Der Medienmacher vermutet Versuch politischer Einflussnahme durch das US-Big-Tech-Unternehmen. ...

<https://kurz.rt.com/2nj9>

Tom Secker: 20 Jahre nach 9/11: Diese Spione hätten den Anschlag verhindern können
Westliche Geheimdienste hatten in den Jahren vor den Anschlägen am 11. September 2001 mehrere Informanten in den Reihen der islamistischen Terrororganisation al-Qaida. Sie hätten möglicherweise Hinweise geben können, die das Blutbad verhindert hätten. Doch dazu kam es nicht. ...

<https://kurz.rt.com/2nlg>

Liudmila Lotlyarova: „Man muss Herrn Putin sagen, dass ...“: Baerbock unterrichtet Grundschüler über Russland und Nawalny

Für ein Format des privaten TV-Senders Sat.1 hat sich Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock den Fragen von 16 Schülerinnen und Schülern aus ganz Deutschland gestellt. Eine

Frage befasste sich dabei unerwartet auch mit Russland und dem Kreml-Kritiker Alexej Nawalny. Baerbock wusste darauf sehr weitschweifig zu antworten. ...

<https://snanews.de/20210910/baerbock-unterrichtet-grundschueler-ueber-russland-3535088.html>

abends/nachts:

deu.belta.by: **Lukaschenko trifft Putin: Verabschiedung der Unionsprogramme könnte Durchbruch bedeuten**

Die Verabschiedung der Unionsprogramme könnte einen Durchbruch bedeuten. Das sagte Präsident Alexander Lukaschenko heute in Moskau bei den Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin.

„Ich glaube, wir werden gut zusammenarbeiten. Wir werden heute viel weniger Aufgaben zu bewältigen haben als bei unseren früheren Treffen. Sie dauerten sehr lange. Sogar bis zu 5 oder 8 Stunden. Früher hatten wir wie ‚Planieraupen‘ den Weg für unsere Regierungen und Experten frei zu machen. Aber jedes Mal sind die Experten auf immer neue Probleme gestoßen, die sie nicht lösen konnten oder zu denen sie keine Entscheidung treffen konnten“, sagte der Staatschef.

Er erinnerte an den Anfang der Integrationsgespräche in Sotschi. Damals haben die Staats- und Regierungschefs auf Wunsch der Völker und als Reaktion auf die Kritik an der mangelnden Dynamik des Unionsstaates mehr als 30 Roadmaps „skizziert“.

„Sie wurden schematisch dargestellt. Als wir dann an diesen Maps arbeiteten, kamen wir zu dem Schluss (vor mehr als einem Jahr), dass wir konkrete Pläne brauchen. Nicht nur Schemata, sondern richtige Unionsprogramme. Heute sind wir bereit, 28 Programme, die sich in Endphase befinden, zu besprechen. Das sind wichtige Themen und Bereiche unserer Zusammenarbeit. Unsere Staaten können morgen erneut auf Experten- und Regierungsebene diese Programme erörtern. Wenn sie diese Programme genehmigen, werden wir diese Programme beim Obersten Staatsrat Ende Oktober verabschieden“, sagte Alexander Lukaschenko.

„Das wird ein Durchbruch sein. Ein Durchbruch in vielen Bereichen. Das ist kein Geheimnis. Wir werden diese Programme veröffentlichen und zeigen, an welchen Bereichen wir gearbeitet haben“, betonte der belarussische Staatschef.

„Wir handeln wie alle anderen zivilisierten Länder. Nur gemeinsam, nur in einer Union. Wir sind verwandte Nationen. Praktisch ein Volk: Russen und Belarussen haben gemeinsame Wurzeln. Wir tun unsere Arbeit. Unsere Nachkommen werden unser Tun und Handeln bewerten“, fügte der belarussische Präsident hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1631202752_58259_big.jpg

de.rt.com: **Lawrow nach Treffen mit Lapid in Moskau: Russland unterstützt Syrien beim Schutz seiner Souveränität**

Der israelische Außenminister Jair Lapid ist nach Moskau gereist, um die zuletzt erkalteten Beziehungen zu Russland zu verbessern. Russlands Top-Diplomat erklärte auf einer Pressekonferenz, Moskau sei dagegen, Syrien zum Schauplatz der Konfrontation zwischen Drittländern zu machen.

Nachdem er am Donnerstag seinen russischen Amtskollegen Sergei Lawrow in Moskau getroffen hatte, behauptete Israels Außenminister Jair Lapid erneut, dass der Iran und sein Atomprogramm eine "Bedrohung für die ganze Welt" darstelle, berichtet die Zeitung Haaretz. Lapid reiste am Mittwochabend nach Moskau, um sich vor einem für Oktober geplanten Treffen zwischen dem neuen Premierminister Naftali Bennett und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin mit Lawrow zu treffen.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Lawrow sagte Lapid: "Die Welt muss den Iran daran hindern, eine nukleare Fähigkeit zu erwerben" – egal, um welchen Preis. Anschließend drohte er: "Wenn die Welt es nicht tut, behält sich Israel das Recht vor, zu handeln."

"Leider wird es in Syrien oder im übrigen Nahen Osten keine Stabilität geben, solange es eine iranische Präsenz gibt", erklärte Lapid. Der israelische Außenminister fügte hinzu, dass sein Land nicht untätig zusehen werde, während sich der Iran an seiner Nordgrenze verschanze.

Der russische Außenminister Lawrow erklärte seinerseits, dass Russland verpflichtet sei, Syrien beim Schutz seiner Souveränität zu helfen. Laut Lawrow bleibt die Situation in Syrien in vielerlei Hinsicht herausfordernd, da die Interessen vieler Länder in diesem Prozess miteinander verflochten sind. "Es gibt berechnete Interessen, zum Beispiel Sicherheitsinteressen." Es gebe aber auch Interessen, die nicht legitim seien. "Ich meine in erster Linie die illegale Besetzung eines beträchtlichen Teils des syrischen Territoriums durch die USA", die die Plünderung der Ressourcen des syrischen Volkes und die Koordinierung mit dem kurdischen Separatisten umfassten, sagte Lawrow.

Russlands Top-Diplomat fügte hinzu, Moskau sei dagegen, Syrien zum Schauplatz der Konfrontation zwischen Drittländern zu machen. Es sei entscheidend, sich auf die Umsetzung der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrats zuzubewegen und die Souveränität und territoriale Integrität Syriens zu respektieren.

Der Austausch von Informationen über die Situation in Syrien zwischen Russland und Israel habe sich als nützlich erwiesen und werde fortgesetzt, fuhr Lawrow fort. Russland forderte Israel bereits mehrfach auf, über mögliche Bedrohungen seiner Sicherheit von Syrien aus zu berichten. Russland will nicht, dass das syrische Territorium als Plattform für den iranisch-israelischen Konflikt genutzt wird.

Das Treffen am Donnerstag in Moskau fand vor dem Hintergrund von Berichten über die Unzufriedenheit der Russen mit israelischen Luftangriffen auf Syrien statt. Am Freitag teilte die russische Armee, die Syrien mit Luftverteidigungssystemen versorgt, mit, Damaskus habe mehr als 20 Raketen abgefangen, die in der Nacht zum Donnerstag und Freitag von israelischen Jets abgefeuert worden waren. Vor zwei Wochen hatten Luftverteidigungssysteme in Syrien nach Angaben der russischen Armee 22 bei einem israelischen Akt der Aggression abgefeuerte Raketen abgewehrt.

Russland führt seit 2015 auf Einladung der syrischen Regierung von Präsident Baschar al-Assad eine Militärkampagne in Syrien und hilft dieser, nach einer von außen angestachelten und mit brutaler Gewalt aufgeladenen Rebellion die Kontrolle über das Land zurückzugewinnen.

Russland sehe die Bereitschaft der Regierung von US-Präsident Joe Biden positiv, die Arbeit des Nahost-Quartetts (Russland, die USA, die EU und die Vereinten Nationen) wieder

aufzunehmen, erklärte der russische Außenminister zudem auf der Pressekonferenz.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6139ff95b480cc2b7f6f17f7.JPG>

de.rt.com: **Nach spektakulärem Ausbruch: Gefängnisrevolten in ganz Israel**

Sechs militante Palästinenser brachen aus dem sichersten Gefängnis Israels aus. Nun drohen Gefängnisrevolten in ganz Israel. Die Lage in der Stadt Dschenin ist extrem angespannt. Dort versuchen die israelischen Streitkräfte auf der Suche nach den sechs Ausbrechern in das palästinensische Flüchtlingslager einzudringen.

Sechs militante Palästinenser brachen in der Nacht zum Montag mithilfe eines rostigen Löffels aus dem Gilboa-Gefängnis in Nordisrael aus, das als das sicherste des Landes gilt. Seit Montag läuft in Israel eine umfangreiche Fahndung. Von den Entkommenen fehlt bislang noch jede Spur. Neben Polizisten sind auch Soldaten und Kräfte des Inlandsgeheimdienstes Schin Bet an der Fahndung beteiligt.

Israelischen Medien zufolge haben palästinensische Häftlinge in Gefängnissen in ganz Israel randaliert, als die Spannungen nach der Flucht der sechs Gefangenen eskalierten. Dabei kam es zu Ausschreitungen und Bränden. Die randalierenden Gefangenen zündeten am Mittwoch Zellen in den israelischen Haftanstalten Ktzi'ot, Ramon und Ofer an, nachdem die Kommissarin des Gefängnisdienstes IPS Katy Perry neue Beschränkungsmaßnahmen für Insassen erlassen hat. Außerdem wurden über 400 Gefangene in andere Gefängnisse verlegt, um sicherzustellen, dass jeweils nur ein Gefangener vom Islamischen Dschihad in Palästina pro Zelle festgehalten wird.

Ktzi'ot ist die flächenmäßig größte Haftanstalt Israels. Während der ersten Intifada war Ktzi'ot der Standort des größten Internierungslagers der israelischen Armee. Dort waren drei Viertel aller Palästinenser untergebracht, die von der Armee festgehalten wurden, und über die Hälfte aller in Israel inhaftierten Palästinenser.

Der IPS erklärte nach dem spektakulären Gefängnisausbruch, dass die im Gilboa-Gefängnis verbliebenen Gefangenen aus Sicherheitsgründen zur Untersuchung möglicher anderer Tunnel erst mal in andere Gefängnisse verlegt worden sind. Am Mittwoch zog der IPS die Verlegung von etwa 150 Gefangenen vom Islamischen Dschihad aus dem Ofer-Gefängnis im Westjordanland zurück, nachdem Gefangene mit einem Aufruhr gedroht hatten.

Mitglieder des Islamischen Dschihad erklärten inzwischen, sie würden gegen israelische Streitkräfte vorgehen, wenn diese das palästinensische Flüchtlingslager in Dschenin im Norden des besetzten Westjordanlands auf der Suche nach sechs palästinensischen Gefangenen beträten. Die Lage in der Gegend von Dschenin ist laut Al Jazeera äußerst angespannt – aus dieser Stadt kommen die sechs Entflohenen. Unter den Ausbrechern befindet sich auch der frühere Anführer der militanten al-Aqsa-Brigaden der Fatah, Sakaria Subeidi. Er soll eine Schlüsselrolle in der zweiten Intifada gespielt haben. In den letzten

Monaten ist Dschenin zu einem Brennpunkt des palästinensischen Widerstands gegen israelische Sicherheitskräfte geworden, nachdem israelische Truppen dort einmarschiert waren, um Festnahmen durchzuführen. Die Unterstützung für den Islamischen Dschihad ist dort groß, und die Palästinensische Autonomiebehörde übt wenig Kontrolle aus.

Dschamal Subeidi, der Onkel eines der geflohenen Gefangenen, sagte, die Familie erwarte jederzeit, dass israelische Soldaten in das palästinensische Flüchtlingslager einfallen. "Wir wissen nicht, wann sie kommen, aber wir erwarten sie jederzeit und sind vorbereitet", sagte Subeidi Al Jazeera. "Unsere Familie leidet seit vielen Jahren unter der israelischen Besatzung."

Trotz der angespannten Atmosphäre im Flüchtlingslager in Dschenin bejubelten viele Palästinenser die Flucht der sechs Gefangenen und zeigten sich bereit, sich den israelischen Streitkräften zu stellen, wenn diese in das Lager eindringen. "Die Jungs haben keine Angst. Sie kämpfen für ihre Rechte", sagte Noor Saadi, der zuvor zwei Jahre in einem israelischen Gefängnis verbracht hatte, zu Al Jazeera. In Gaza und dem Westjordanland feierten Palästinenser mittlerweile den Ausbruch der sechs Gefangenen aus dem sichersten Gefängnis Israels.

Seit Montag ist ein Überfall auf palästinensische Dörfer zur Fahndung nach den Entkommenen in vollem Gange. Drei Palästinenser aus dem Dorf Nura im Norden Israels wurden am Dienstag wegen des Verdachts festgenommen, den Häftlingen bei der Flucht geholfen zu haben. Nach Angaben Israels wurde einer der Flüchtigen von Überwachungskameras in der Moschee des Dorfs erfasst. Al Jazeera war am Dienstagabend Zeuge geworden, wie israelische Truppen in das Dorf Arrabunah südwestlich in Dschenin einmarschiert waren, in dem Soldaten Aufnahmen von Überwachungskameras beschlagnahmt hatten, bevor Gruppen junger Palästinenser Steine auf sie warfen.

Lokalen Medien zufolge eröffneten bewaffnete Palästinenser im Dorf Beir al-Bascha in der Nähe von Dschenin das Feuer auf die israelische Armee. Im Dorf Issawijeh bei Ostjerusalem kam es zudem zu Ausschreitungen zwischen der israelischen Armee und Palästinensern. Der IPS veröffentlichte bereits die Namen sowie die Familienangehörigkeit der entflohenen Gefangenen. Das Gilboa-Gefängnis wurde 2004 nordwestlich von Beit Sche'an in der Nähe des Sees Genezareth eröffnet. Es galt als "absolut ausbruchsicher". Das Gefängnis soll komplett aus gegossenem Stahlbeton errichtet worden sein. Es bleibt weiterhin unklar, wie die Gefangenen offenbar wochenlang ihre Flucht vorbereiten konnten. Nun besteht die Sorge, dass eine Eskalation in Dschenin auch auf andere Gegenden des Westjordanlands übergreifen könnte. Der Vorfall könnte allerdings eine neue Runde des Konflikts zwischen Israel und Palästina entfachen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6139d3d0b480cc110e29d91f.jpg>

de.rt.com: USA: Blinken drängt iranische Regierung zur Wiederherstellung des Atomabkommens

Die USA haben eine Warnung nach Teheran gesandt, dass weitere Verzögerungen bei der Wiederherstellung des Atomabkommens negative Konsequenzen haben könnten. Teheran verweist dagegen auf den Regierungswechsel im Land und fordert mehr Zeit.

US-Außenminister Antony Blinken hat die iranische Regierung gewarnt, es bleibe nur noch wenig Zeit, um das Atomabkommen neu zu gestalten. Er forderte am Mittwoch Teheran auf, die Verhandlungen zur Wiederherstellung des Atomabkommens (JCPOA) zu beschleunigen, die Anfang Juni beendet wurden, ohne dass ein Termin zur Wiederaufnahme vereinbart worden war. Blinken erklärte auf einer Pressekonferenz nach einem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas:

"Ich werde kein Datum nennen, aber wir nähern uns dem Punkt, an dem eine strikte Rückkehr zur Einhaltung des JCPOA die Vorteile, die dieses Abkommen gebracht hat, nicht mehr reproduzieren kann."

Maas sagte, dass die von Iran vorgeschlagene Verlängerung um zwei oder drei Monate ein Zeitrahmen sei, der "für uns viel zu lang ist."

Die iranische Regierung hatte bereits zuvor auf den Druck reagiert und erklärt, dass "die Gespräche nicht erfolgreich sein werden, wenn sie unter Zwang fortgesetzt werden". Hossein Amir-Abdollahian, neuer Außenminister in Teheran, hatte erklärt:

"Die andere Seite versteht, dass die neue Regierung zwei bis drei Monate braucht, um eine Entscheidung zu treffen."

Er bezog sich dabei auf Abstimmungen in der Zeit zwischen Bidens Amtsantritt und dem Beginn der Wiener Gespräche.

Die Trump-Regierung hatte das Abkommen im Mai 2018 für die USA aufgekündigt und sofort eine Reihe strenger Wirtschaftssanktionen gegen Iran wieder eingeführt, obwohl die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) in ihren Berichten feststellte, dass Iran alle seine Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens eingehalten hatte. Im Jahr nach der Aufkündigung hatte Iran die JCPOA-Mitglieder aufgefordert, die Aufhebung der Beschränkungen zu ermöglichen, da das Land unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten leide. Auch bis zur Ermordung des iranischen Atomphysikers Mohsen Fachrisadeh Ende 2020 hatte Teheran keine wesentlichen Verstöße gegen das Abkommen begangen. Kurz nach der Ermordung erhöhte Iran jedoch den Anreicherungsgrad von Uran-235, indem es modernere Zentrifugen installierte, um das Uran-Isotop zu isolieren.

Im Februar 2021 drohte die Islamische Republik Iran damit, die IAEA-Inspektionen im Rahmen des JCPOA einzustellen, falls die westlichen Sanktionen nicht aufgehoben würden. Am 21. Februar schlossen die beteiligten Parteien ein dreimonatiges Abkommen, um einige der Kontrollen fortzusetzen. Im Mai wurde diese Vereinbarung um einen weiteren Monat verlängert. Aber seit dem 22. Mai verweigert Iran der IAEA wiederum den Zugang zu Daten, die von Kameras innerhalb von Nuklearanlagen Irans gesammelt wurden, und droht damit, Videos der letzten drei Monate zu löschen.

Dem jüngsten IAEA-Bericht zufolge hat Iran seine Reserven an hochangereichertem Uran-235 kürzlich vervierfacht und verfügt nun über etwa 10 Kilogramm bis zu 60 Prozent U235 enthaltendes, sogenanntes hochangereicherte Uran, während es zum Zeitpunkt der letzten IAEA-Bewertung im Mai dieses Jahres noch 2,4 Kilogramm gewesen sein sollen. Die Menge von auf 20 Prozent U-235 angereichertem Uran ist ebenfalls gestiegen, und zwar von 62,8 auf 84,3 Kilogramm. Die IAEA-Vertreter äußerten auch Bedenken wegen des Verbots bestimmter Inspektionen seitens Teherans.

Nach dem Amtsantritt der neuen US-Regierung und der Aufnahme indirekter Verhandlungen in Wien im April dieses Jahres waren die Hoffnungen auf eine Wiederherstellung des Abkommens gewachsen. Die iranische Regierung kündigte an, dass sie ihre Verstöße gegen

das Atomabkommen rasch zurücknehmen könne und werde, wenn die Sanktionen aufgehoben würden.

Die beteiligten Seiten haben jedoch keine wesentlichen Erfolge erzielt, da von Washington aus die sofortige, einseitige Einhaltung aller Bestimmungen des JCPOA durch Iran gefordert wird, während Teheran stets erklärt, dass die USA die ersten Zugeständnisse machen müssen, da sie als erste aus dem Atomabkommen ausgestiegen waren. Die Verhandlungen wurden unterbrochen, nachdem im Juni ein neuer iranischer Präsident gewählt worden war.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6139f25748fbef04f43e88e2.jpeg>

vormittags:

de.rt.com: **Putin kritisiert Doppelstandards – "Warum redet man mit den Taliban, aber mit Lukaschenko nicht?"**

Während einer Pressekonferenz kam Wladimir Putin auf das Verhältnis Weißrusslands mit der EU zu sprechen. Anlass für die Frage war die mehrere Wochen andauernde Flüchtlingskrise an der Grenze Weißrusslands zu zwei EU-Staaten. Putin rief die Nachbarländer zu Direktgesprächen mit Lukaschenko auf.

Am Freitag empfing der russische Präsident Wladimir Putin seinen weißrussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko im Kreml und trat nach einem dreistündigen Gespräch mit ihm auf einer gemeinsamen Pressekonferenz auf. Das Thema des Treffens war die Umsetzung eines großangelegten Integrationspakets im Rahmen des russisch-weißrussischen Unionsstaates. Die beiden Seiten erklärten, einen Durchbruch in den langjährigen Verhandlungen erzielt zu haben.

Auf der Pressekonferenz kamen die beiden Staatschefs auch auf das Verhältnis Weißrusslands mit der EU im Zuge der jüngsten Migrationskrise zu sprechen. Putin sagte, dass einige Führer der europäischen Länder ihn bitten, auf die Lösung dieser Krise Einfluss zu nehmen.

"Meine Antwort darauf ist einfach – das geht uns nichts an, das [die Spannungen] findet nicht an unserer Grenze statt, sondern an der Grenze der Republik Belarus zu Polen und Litauen", so Putin. Der russische Staatschef wies darauf hin, dass der Westen Direktgespräche mit Alexander Lukaschenko verweigere und verglich die Situation mit der schleichenden Anerkennung der Taliban in Afghanistan.

"Alle wollen direkt mit der Taliban-Bewegung reden, obwohl sie von den Vereinten Nationen als Terrororganisation gelistet ist. Nichtsdestotrotz sagt man, die Taliban kontrollierten das Territorium und man müsse mit ihnen reden."

Aber der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko sei nicht infolge eines bewaffneten Kampfes an die Macht gekommen, sondern durch eine Abstimmung, betonte Putin – "ob das

jemanden gefällt oder nicht".

"Meine Antwort darauf: Geht und redet mit den Regierenden in Weißrussland", sagte er. In dem osteuropäischen Land kam es im August letzten Jahres während und nach den Präsidentschaftswahlen zu einer heftigen Protestwelle und einem Umsturzversuch. Die Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja witterte massive Wahlmanipulation vonseiten Lukaschenkos und erklärte sich zur Siegerin. Die westlichen Staaten erkannten die Wahlergebnisse nicht an und verhängten gegen den weißrussischen Staatsapparat und wichtige Wirtschaftszweige insgesamt vier Sanktionspakete. Die westlich unterstützte Opposition agiert derzeit aus dem Exil. Lukaschenko wird in deren Veröffentlichungen als "Machthaber" und "letzter Diktator Europas" bezeichnet.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613a6a6bb480cc5c8b734fd2.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 9. September 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Kalinowo und Frunse wurden mit Granatwerfern (24 Granaten, 37 Geschosse) beschossen. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Die Qual der Quallen: Ukraine beschuldigt Russland der Invasion von Nesseltieren**

Die Ukraine hat Russland für die Quallenplage im Asowschen Meer verantwortlich gemacht und will von ihrem Nachbarn eine Entschädigung fordern. Dafür spricht sich zumindest Alexander Staruch aus, der Leiter der Regionalverwaltung von Saporoschje.

Alexander Staruch, der Leiter der Regionalverwaltung von Saporoschje, ist der Ansicht, dass Quallen aufgrund des Baus der Krimbrücke massiv vom Schwarzen Meer ins Asowsche Meer abgewandert sind. Ihm zufolge haben sie zahlreiche Touristen abgeschreckt und die Touristensaison in vielen ukrainischen Ferienorten beeinträchtigt.

Staruch behauptete außerdem, dass die Nesseltiere durch die Zunahme des Salzgehalts im Wasser angezogen wurden, da Russland zur Bewässerung angeblich Wasser aus den Flüssen Don und Kuban verwendet. Der Politiker schlug vor, den Schaden zu begutachten und eine Rechnung nach Moskau zu senden. Er sagte:

"Es ist an der Zeit, dass wir denjenigen, die uns den Schaden zufügten, Rechnungen ausstellen."

Wer der mögliche Kläger und wer Angeklagter sein könnte, ist aber bislang noch unklar. Das Asowsche Meer ist ein Nebenmeer des Schwarzen Meeres und das flachste der Welt. Die maximale Tiefe beträgt höchstens 13,5 Meter, die durchschnittliche Tiefe beträgt etwa 7,4

Meter. Russland und die Ukraine sind Anrainerstaaten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613a5a3bb480cc5b5f7f64a5.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 9. September 3:00 Uhr bis 10. September 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Donzek (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Wasiljewka, Leninskoje.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde durch das Feuer der BFU ein Gebäude des Donezker Gesteinskombinats beschädigt (Fassade, Fensterverglasung).

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 39.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden sieben Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Zwei bewaffnete Terroristen in russischer Nordkaukasus-Region getötet

Bei einem Anti-Terror-Einsatz in der russischen Nordkaukasus-Region Dagestan haben Sicherheitskräfte zwei bewaffnete Terroristen getötet. Das teilte das Nationale Anti-Terror-Komitee am Freitag mit.

Die Männer verbargen sich im Wald. Um einen Terroranschlag zu verhindern, hatte der Inlandsgeheimdienst FSB einen Anti-Terror-Einsatz ausgerufen. Die Sicherheitskräfte hatten den Kämpfern angeboten, die Waffen niederzulegen und zu kapitulieren. „Als Reaktion darauf lieferten sie sich einen Schusswechsel mit den Sicherheitskräften“, hieß es. Die beiden Terroristen seien dabei erschossen worden.

Vor Ort wurden Maschinengewehre und Munition gefunden, im Auto der Kämpfer lag ein einsatzbereites, selbstgebasteltes Explosionsgerät. Beim Schusswechsel mit den Männern gab es keine Verletzten unter den Sicherheitskräften. Ermittlungen zum Vorfall wurden aufgenommen.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/08/74144_0:85:3077:1816_1920x0_80_0_0_4b8d15446dafc26668846f74cff5a87c.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 10. September um 9:00 Uhr 10.141 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 7865 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 1000 Todesfälle.

de.rt.com: **Gazprom: Bau von Nord Stream 2 vollständig abgeschlossen**

Der Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 wurde am Freitagmorgen vollständig abgeschlossen, teilte Gazprom in einer Erklärung mit.

Wie der Vorstandsvorsitzende bei Gazprom Alexei Miller am Freitagmorgen mitteilte, wurde der Bau um 8:45 Uhr Moskauer Zeit vollständig abgeschlossen.

Die Bauarbeiten an Nord Stream 2 begannen im Jahr 2018. Sie wurden im Dezember 2019 eingestellt, nachdem das Schweizer Unternehmen Allseas wegen drohender US-Sanktionen die Rohrverlegung eingestellt hatte. Seit Dezember 2020 wurde an der Pipeline weitergebaut. Die Gasleitung soll künftig 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr von Russland durch die Ostsee nach Deutschland liefern. Es wird erwartet, dass Gazprom noch im Oktober mit den Gaslieferungen nach Deutschland beginnt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613b1647b480cc1b080d3b17.jpg>

Mzdnr.ru: Am 9. September wurden in der DVR 1002 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 381 positiv, bei 37 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 10. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 59.392 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7560 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 47.466 als gesund entlassen, es gibt 4366 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 205 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 69 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 140 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2703 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 929 mit Sauerstoffunterstützung (+67 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2252 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Putin: Unklar, wie Situation in Afghanistan regionale und globale Sicherheit beeinflusst**

Während des 13. BRICS-Gipfels hat sich der russische Präsident Wladimir Putin zur Situation in Afghanistan nach der Taliban-Machtübernahme geäußert. Die Krise sei ihm zufolge durch "verantwortungslose Versuche" verursacht worden, fremde Werte von außen aufzuzwingen. Diese Woche findet das 13. BRICS-Gipfeltreffen statt. Am 9. September trafen sich im Format einer Videokonferenz die Staatschefs von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Während des Online-Gipfels hat sich der russische Präsident Wladimir Putin zur Situation in Afghanistan nach der Taliban-Machtübernahme und ihrer Auswirkung auf regionale und globale Sicherheit geäußert:

"Der Truppenabzug der USA und seiner Verbündeten aus Afghanistan hat zu einer neuen Krise geführt und es bleibt bisher unklar, wie dies die regionale und globale Sicherheit beeinflussen wird."

In diesem Zusammenhang kritisierte der russische Staatschef die Politik des Aufzwingens von fremden Werten in anderen Ländern:

"Ich habe mehrmals darauf verwiesen, dass die neue Krise in Afghanistan durch verantwortungslose Versuche verursacht wurde, dort von außen fremde Werte aufzuzwingen und mit sozialen und politischen Methoden, die historische Eigenheiten sowie von den Einheimischen respektierte Traditionen ignorieren, sogenannte demokratische Institutionen aufzubauen."

Putin zufolge trete Russland sowie die anderen BRICS-Staaten für Frieden und Stabilität auf afghanischem Boden ein. Die Afghanen hätten seit vielen Jahrzehnten für Selbstbestimmung gekämpft und sich das Recht erworben, eigenständig über die Zukunft ihres Staates zu bestimmen.

BRICS ist ein informeller Zusammenschluss von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Ziel ist es, einen pragmatischen und offenen Dialog zwischen den Teilnehmern zu entwickeln. Gleichzeitig ist BRICS nicht blockbasiert, richtet sich nicht gegen Drittländer und setzt sich für den Aufbau einer multipolaren internationalen Gemeinschaft ein.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613a0d9ab480cc2b2b490599.jpg>

Dan-news.info: Die Stromversorgung am Donezker Sasjadko-Bergwerk, das am 8. und 9. September von Seiten der ukrainischen Truppen beschossen wurde, ist vollständig wieder in Betrieb, teil das Kohle- und Energieministerium mit. Derzeit werden in einer Tiefe von 1234 Metern zusätzlich Pumpen montiert, um das Wasser abzupumpen, das sich wegen des fehlenden Stromes dort angesammelt hat. Über Tage laufen Arbeiten zur Reparatur der Gasleitung, an der Kogenerationsstation, Reparaturen an Gebäuden.

de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Russischer Soldat bei Explosion im syrischen Homs getötet**

Während einer Erkundungsmission der russischen Militärpolizei ist ein russischer Soldat ums Leben gekommen. Eine am Straßenrand angebrachte Bombe zerstörte ein Fahrzeug, der darin befindliche Soldat wurde tödlich verletzt.

In der syrischen Provinz Homs ist ein russischer Soldat durch einen improvisierten Sprengsatz getötet worden. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium am Donnerstag mit. In einer Erklärung hieß es:

"Die russische Militärpolizei erkundete am 9. September den Weg eines humanitären Konvois in der syrischen Provinz Homs, als eine Bombe am Straßenrand explodierte."

Der Soldat befand sich in dem Fahrzeug, das von der Explosion erfasst wurde. Er erlitt schwere Verletzungen und erlag später trotz schneller medizinischer Hilfe seinen Verletzungen.

Nur einen Tag zuvor wurden sieben syrische Soldaten bei einem ähnlichen Bombenanschlag an einer Straße in der südlichen syrischen Provinz Deraa getötet. Zuvor war die syrische Armee in die letzte Militanten-Hochburg im Süden Syriens, die Stadt Deraa-al-Bayad, eingedrungen. Medienberichten zufolge weigerten sich dort mehrere Kämpfer, die Waffen niederzulegen. Hiermit brachen sie eine Vereinbarung mit der Regierung in Damaskus, die es ihnen ermöglichen sollte, das Gebiet zu verlassen.

Russland hat seine Anti-Terror-Operation auf Ersuchen der syrischen Regierung im Jahr 2015 eingeleitet. Seit dem Jahr 2011 befindet sich das Land in einem Bürgerkrieg, in dem Damaskus gegen Terrororganisationen wie den Islamischen Staat und Al-Qaida sowie verschiedene weitere militante Gruppen kämpft.

Im Jahr 2017 erklärte Moskau, dass der Islamische Staat in Syrien besiegt sei. Seitdem hat Russland seine Truppen schrittweise abgezogen. Die russische Militärpolizei bleibt weiterhin vor Ort, wo sie die Wege für humanitäre Konvois auskundschaftet und mehrere Routen

patrouilliert, unter anderem an der sogenannten Kontaktlinie in der nördlichen Provinz Idlib an der Grenze zur Türkei. Teile der Provinz werden noch immer von militanten islamistischen Gruppen kontrolliert, die gegen die syrische Regierung von Präsident Baschar al-Assad kämpfen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613b1f8eb480cc1c7f593556.jpg>

nachmittags:

de.rt.com: Russland und Weißrussland kündigen "historischen Durchbruch" bei Unionsstaat an

Eine wichtige Weichenstellung in Moskau: Nach dreijährigen Verhandlungen stehen nun Russland und Weißrussland kurz vor dem Abschluss der 28 Integrationsprogramme im Rahmen des Unionstaates. Das teilten die Staatschefs beider Länder während einer Pressekonferenz mit.

Russland und Weißrussland haben einen weitreichenden Schritt auf dem Weg der Integration beider Staaten gemacht. Am späten Donnerstagabend traten die beiden Präsidenten Wladimir Putin und Alexander Lukaschenko nach einem dreieinhalbstündigen Gespräch vor die Presse und kündigten einen "historischen Durchbruch" beim russisch-weißrussischen Unionstaat an. Arbeitsgruppen aus Ministerien beider Länder haben insgesamt 28 Programme ausgearbeitet, die vor allem wirtschaftliche, soziale aber auch sicherheitspolitische Bereiche umfassen. Die Arbeit dauerte drei Jahre und kam im Jahr 2019 wegen Streitigkeiten um Gaspreise teilweise ins Stocken. Doch nach einem Umsturzversuch in Weißrussland im August-September letzten Jahres erhielten die Integrationsprozesse neuen Schwung.

In den Programmen geht es um Harmonisierung von Steuer- und Zollvorschriften und es werden Grundlagen für eine einheitliche Geldpolitik und ein Zahlungssystem festgelegt. Bis Ende 2023 soll auch ein gemeinsamer Markt für Energieträger geschaffen sein. Schon jetzt bekommt Weißrussland Gas für 128,5 Dollar pro Kubikmeter, während der Gas-Marktpreis in Europa derzeit 650 Dollar beträgt.

Putin betonte, dass Unternehmen aus beiden Ländern gleichberechtigt sein werden und gleichen Zugang zu öffentlichen Aufträgen erhalten. Es würden viele gemeinsame Werke mit neuen Arbeitsplätzen geschaffen. Lukaschenko versicherte, dass es nicht darum gehe, "jemanden zu verschlucken". Vor allem in Weißrussland ist die Angst groß, dass die weißrussischen Betriebe von russischen Großunternehmen aufgekauft werden.

Eine Integration im politischen Bereich wie etwa die Schaffung eines gemeinsamen Parlaments stand nicht auf der Agenda, sagte Putin. Ihm zufolge gehe es bei der Integration in

diesem Stadium vor allem darum, eine gemeinsame wirtschaftliche Basis zu schaffen, ein politischer Überbau käme danach. "Wir wollen das Haus nicht vom Dach bauen", sagte Lukaschenko.

Auch die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung werde weitergehen, sagte Putin und kündigte den Beginn der gemeinsamen turnusmäßigen Übungen "Zapad" ab Freitag an. Sie seien nicht gegen jemanden gerichtet, betonte er, aber die Abhaltung sei wegen der zunehmenden NATO-Präsenz an den Außengrenzen des Unionstaates und OKVS "logisch". Experten sprechen davon, dass beide Staaten derzeit an der Schaffung einer gemeinsamen Luftabwehr arbeiten.

Die EU erkennt Lukaschenko nach der umstrittenen Präsidentenwahl im vergangenen Jahr nicht mehr als Präsidenten an und hat den Machtapparat mit Sanktionen belegt. Das Thema politischer Reformen in Weißrussland war nicht das Thema der Pressekonferenz. Wladimir Putin wies nur darauf hin, dass die politische Situation in Weißrussland sich stabilisiert habe. Die Exil-Oppositionellen um das Team Swetlana Tichanowskaja haben schon im Vorfeld der Pressekonferenz erklärt, dass sie Vereinbarungen der Lukaschenko-Regierung zum Unionstaat mit Russland nicht anerkennen, weil Lukaschenko kein legitimer Präsident sei. Sie fordern Neuwahlen unter internationaler Beobachtung.

Viele Experten in beiden Ländern haben die Fortschritte auf dem Weg der Integration begrüßt. In den letzten Jahren stand Lukaschenko in der Kritik, Integrationsprozesse verschleppt zu haben. Die Idee des Unionstaates kam Mitte der 1990-er Jahre aus Minsk und er wurde im Jahre 1999 gegründet. Aus dem Vorhaben wurden aber bislang nur wenige Bestimmungen umgesetzt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613b1e4848fbef1aa4113726.jpg>

dronline.su: Heute gegen 4:00 Uhr geriet die **Unterstation „Dolomit“ in Gorlowka** unter zielgerichtetes Feuer von Seiten der BFU, teilt das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

Das große Elektroobjekt, das einen ganzen Stadtbezirk versorgt, ist ernsthaft beschädigt. Durch einen glücklichen Zufall wurde die Reserveausrüstung nicht beschädigt, deswegen konnte die Stromversorgung aufrechterhalten werden.

Eine Reparatur kann erst stattfinden, wenn Sicherheitsgarantien mit der ukrainischen Seite vereinbart wurden.

snanews.de: **„Austritt Polens aus der EU ist möglich“: Ex-Regierungschef Donald Tusk warnt Brüssel**

„Schneller als man denkt, könnte Polen die Europäische Union verlassen.“ Das sagt Donald Tusk, der frühere EU-Ratspräsident und Ex-Premier Polens, einem polnischen TV-Sender.

Hintergrund ist der Justizstreit zwischen Warschau und Brüssel. Polens Regierung schließt den „Polexit“ jedoch aus. Ungarn bietet Hilfe an.

Der frühere Ministerpräsident von Polen, Donald Tusk, hält einen Austritt der polnischen Regierung aus der Europäischen Union (EU) für möglich.

„Zuletzt spitzte sich der Justizstreit zwischen Warschau und Brüssel noch einmal zu“, meldete das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ am Freitag. „Die polnische Regierung betont dennoch, dass ein EU-Austritt nicht geplant sei. Oppositionschef Tusk bewertet das anders.“

Der polnische Politiker und heutige Chef der Europäischen Volkspartei (EVP) – einer Vereinigung vieler konservativer Parteien, darunter auch die CDU/CSU – hält einen „Polexit“ nicht für ausgeschlossen.

Das Land könnte „schneller, als es irgendwem scheint“ kein EU-Mitglied mehr sein, wenn die derzeitige Kampagne der nationalkonservativen Regierungspartei PiS aus den Händen gleite, warnte der ehemalige EU-Ratspräsident im polnischen Sender „TVN24“. Tusk ist kommissarischer Vorsitzender von Polens größter Oppositionspartei, der liberalkonservativen Bürgerplattform.

Ein hochrangiger Vertreter der Regierungspartei PiS, Ryszard Terlecki, hatte vor zwei Tagen die weitere Zusammenarbeit Polens mit Brüssel infrage gestellt und damit eine landesweite Debatte angestoßen. Er nannte dabei den „Brexit“ als Beispiel, dass ein EU-Austritt auch für Polen jederzeit machbar sei. Ein Regierungssprecher betonte daraufhin, der Austritt Polens aus der EU sei nicht geplant.

Der anhaltende Streit zwischen Warschau und Brüssel um die polnischen Justizreformen hatte sich zuletzt weiter verschärft. Die EU-Kommission beantragte am Mittwoch beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) Geldstrafen gegen Polen. Als Grund wurde die fortgesetzte Tätigkeit einer Disziplinarkammer zur Bestrafung polnischer Richter genannt. „Über den Antrag muss nun der EuGH entscheiden“, so „der Spiegel“.

Öffentliche Unterstützung erhielt die Regierung in Warschau bereits von Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, einem weiteren EU-Skeptiker in Osteuropa.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/0a/3529542_0:0:2705:1523_1920x0_80_0_0_3cc5377979511e78f5e538534f0fd751.jpg

Dan-news.info: Der Mitarbeiterin der Zeitung „20 Minuten“ aus der Schweiz, Anneli Günter, die zur Berichterstattung über die Lieferung von humanitärer Hilfe von der Schweizerischen Agentur für Entwicklung und Zusammenarbeit in die DVR gekommen war, wurde die Akkreditierung wegen Verletzung der Regeln der Arbeit für ausländische Korrespondenten entzogen. Dies teilte das Außenministerium der DVR mit.

Der Vorfall ereignete sich Anfang Dezember als ein humanitärer Konvoi der Agentur in die Republik kam. Nach Informationen des Außenministeriums hatte Günter die Akkreditierung

zuvor erhalten, um über die Lieferung und Verteilung der humanitären Hilfe der Schweizerischen Agentur zu berichten.

„Während ihres Besuchs folgte Günter nicht den im Antrag angegebenen Plänen, sondern befasste sich mit provokativen Aktivitäten. Unter anderem demonstrierte die Journalistin offen Voreingenommenheit, fehlende Objektivität und selbst Feindseligkeit gegenüber Einwohnern der Republik, sie versuchte vertrauliche Informationen zu erfahren und erlaubte sich negative Kommentare, die Ehre und Würde von Bürgern verletzen“, teilte das Ministerium mit.

Der Entzug der Akkreditierung erfolgte aufgrund des Punktes 7.7.1 des Erlasses des Ministerrats vom 17.12.16 13-26, der es ermöglicht ausländischen Journalisten die Akkreditierung zu entziehen, wenn sie Informationen verbreiten, die nicht der Wirklichkeit entsprechen und die Ehre und Würde von Bürger und/oder anderen Personen verletzen oder die Gesetzgebung der DVR verletzen.

„20 Minuten“ ist eine kostenlose Reklame- und Informationszeitung auf deutsch. Sie wird seit 1999 in der Schweiz herausgegeben. Seit 2004 gilt sie als die am meisten gelesene deutschsprachige Zeitung im Land.

snews.de: **Russland und Belarus beginnen groß angelegtes Manöver mit 200.000 Soldaten – Nato wachsam**

Russland und Belarus haben am heutigen Freitag das groß angelegte strategische Manöver „Sapad-2021“ begonnen, an dem etwa 200.000 Militärangehörige, über 80 Flugzeuge und Hubschrauber und bis zu 760 Technik-Einheiten beteiligt sind.

Außerdem stachen 15 Schiffe der Ostseeflotte in See, um Aufgaben im Rahmen des Manövers zu erfüllen. Dies teilte das Verteidigungsministerium in Moskau mit.

Die Übungen starteten gleichzeitig auf neun Trainingsplätzen in Russland und auf fünf in Belarus und werden bis zum 16. September dauern. Auf dem Territorium von Belarus sind insgesamt 12.800 Militärs, darunter etwa 2500 russische Soldaten eingesetzt.

Neben russischen und belarusischen Soldaten werden an der Veranstaltung Truppen aus Armenien, Indien, Kasachstan, Kirgisistan und der Mongolei teilnehmen. Usbekistan, Pakistan und Sri Lanka sind mit operativen Offiziers-Gruppen vertreten. Als Beobachter werden Militärangehörige aus China, Vietnam und Myanmar mit dabei sein. Insgesamt sind die benannten Länder mit etwa 2000 Militärs vertreten.

Ziel des Manövers ist es zu prüfen, ob die Führungsorgane der Streitkräfte von Russland und Belarus zu gemeinsamen Handlungen bei der Lösung von Aufgaben der Gewährleistung der militärischen Sicherheit und der territorialen Integrität des Unionsstaates fähig sind.

Parallel zu den Sapad-Übungen führt die Nordflotte Manöver in der Arktis mit 8000 Soldaten und bis zu 50 Schiffen durch. Eine der Aufgaben der Nordflotte im Zuge ihrer geplanten Übungen ist es, die Verteidigung der Nordseeroute zu trainieren.

Nato will Übung im Auge behalten

Wie in den Vorjahren beobachtet die Nato, die auch Übungen in der Nähe der russischen Grenzen durchführt, die Militärübungen genau. Anfang September forderte die Allianz Russland und Belarus auf, für Transparenz beim Manöver zu sorgen und beklagte, dass sie „nicht eingeladen wurde, Beobachter zu den Übungen zu entsenden“. Das westliche Militärbündnis wolle laut dessen Sprecherin, Oana Lungescu, die Übungen sehr aufmerksam verfolgen.

Nachbarn in Alarm

Die Übungen von Russland und Belarus ziehen insbesondere auch die Aufmerksamkeit der Nato-Verbündeten im Baltikum und in Osteuropa auf sich. So nannte sie der Chef des ukrainischen Sicherheitsdienstes SBU, Iwan Bakanow, die größte Bedrohung für die ukrainische Sicherheit.

Im August äußerte der lettische Außenminister, Edgars Rinkevics, seine Befürchtung, dass die

Sapad-2021-Übungen die Wahrscheinlichkeit von unerwünschten Zwischenfällen zwischen Russland und der Nato in den baltischen Ländern und Polen erhöhen können. Der polnische Präsident, Andrzej Duda, hat kürzlich ein Dekret zur Verhängung des Ausnahmezustands in Teilen des Landes unterzeichnet. Anlass für das Dekret war nicht nur der Zustrom von Migranten an der Grenze zu Belarus, sondern auch die bevorstehenden russisch-belarusischen Übungen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/09/0a/3530225_0:0:3625:2040_1920x0_80_0_0_afff7c99af7502751c56a4709c9cf992.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 4. September bis 10. September 2021**

In den letzten 24 Stunden wurden **drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 25. Brigade intensiv **Wasiljewka** mit Artillerie beschossen und 24 122mm-Geschosse abgefeuert.

Straftruppen der 28. Brigade haben die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** mit 120mm-Mörsern beschossen und 10 Mörsergeschosse abgefeuert, dadurch wurde die Stromversorgung von 15 Straßen in Staromichajlowka unterbrochen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade **Leninskoje** mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 128. Brigade zweimal **Leninskoje** mit Schusswaffen beschossen.

Die Verteidiger der Republik setzen die Beobachtung des Gegners fort, halten streng das Regime der Feueinstellung ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos adäquat auf Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

In der letzten Woche wurden insgesamt **19 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von Artillerie des Kalibers 122mm, Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich **14 Ortschaften**: die Siedlung des Gagarin-Bergwerks in Gorlowka und des Trudowskaja-Bergwerks in Donezk, Golmowskij, Wasiljewka, Staromichajlowka, Wodjanoje, Leninskoje, Kominternowo, Doenzk, Wesjoloje, Mineralnoje, Nowolaspa, Besymennoje und Wasiljewka.

Infolge von Beschuss auf Donezk wurden **zwei Zivilisten verletzt**, außerdem wurden Schäden auf dem Gelände des Sasjadko-Bergwerks und an vier Wohnhäusern im Kiewskij-Bezirk von Donezk festgestellt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Beobachter der OSZE-Mission haben bestätigt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **20 Stück Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte** in zehn von der Ukraine kontrollierten Ortschaften **in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** stationiert sind.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

zwei Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Talakowka;

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Lebendinskoje.

Aus dem Bestand der 30. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen am nördlichen Rand von Mironowka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in Nowogrigorowka.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade:

vier Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“ am Rand von Nowoolenowka;

zwei Abwehrgeschütze „OSA“ zwischen Wohnhäusern in Osarjanowka;

fünf Schützenpanzer am nördlichen Rand von Nelepowka;

ein Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Nowoluganskoje.

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Abwehrgeschütz zwischen Wohnhäusern in Berdytschi und zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Nowobachmutowka.

Wir rufen die Einwohner der von Kiew besetzten Territorien auf, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten ziviler Infrastruktur nicht zuzulassen. Informieren Sie über alle Fälle Mitarbeiter der OSZE-Mission (Angabe von Telefonnummern und E-Mail-Adresse).

Nur die Öffentlichmachung der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer wird es erlauben, diese rechtzeitig zu verhindern und ihr eigenes Leben und das ihrer Verwandten und Freunde zu bewahren.

Die ukrainischen Kämpfer verletzen weiter das Mandat der OSZE-Mission, indem sie das **Monitoring mit Drohnen** der Mission auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium behindern.

Um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 30., 93., 25. und 128. Brigade zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.

In der letzten Woche wurden vier Fälle der **Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter** entlang der Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Bogdanowka, Kremenewka, Trudowskoje und Pischtschewik.

Die Aggression der Ukraine führt weiterhin zu **Verlusten unter den ukrainischen Besatzern**.

So wurde infolge von erzwungenen Erwidern von Feuer am 8. September von unseren Verteidigern eine Mörsermannschaft der 58. Brigade vernichtet, die den Kiewskij Bezirk von Donezk beschoss. Zwei ukrainische Besatzer erlitten schwere Verletzungen, an denen sie dann auf dem Weg ins Krankenhaus starben.

Am 9. September erlitt ein ukrainische Besatzer aus der 28. Brigade, der an diesem Tag die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks beschoss, schwere Verletzungen und befindet sich in

ernstem Zustand.

Außerdem erleiden die ukrainischen bewaffneten Formationen weiter **nicht kampfbedingte Verluste**. Hauptursache der Verluste sind das geringe Niveau der professionellen Ausbildung sowie der Konsum von Alkohol und Drogen.

Im Zeitraum vom 4. bis 10. September betragen die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ vier Mann, davon ein Toter.

Am 4. September versuchte ein Kämpfer eines Panzergrenadierbataillons der 93. Brigade Selbstmord zu begehen, indem er sich mit einer Pistole in den Kopf schoss, aber der Versuch endete mit einer schweren Verletzung:

Am 5. September erlitt ein ukrainischer Luftlandesoldat der 25. Brigade in der Nähe von Awdejewka eine Detonationsverletzung und verlor ein Bein, als eine Mine losging, die neben den Positionen eines Zugstützpunkts installiert worden war.

Am 8. September erlitten ebenfalls in Awdejewka zwei Kämpfer der 25. Brigade eine schwere Vergiftung durch selbstgebrannten Alkohol, einer von ihnen starb, der zweite erlitt ernsthafte Schäden an inneren Organen.

Die bewaffneten Formationen setzen die Unterdrückung und die Verletzung der Rechte der Zivilbevölkerung des Donbass auf dem besetzten Territorium fort.

So hat nach uns vorliegenden Informationen das Kommando der 25. Luftlandebrigade, das Awdejewka besetzt hält, im Zusammenhang mit der sich näherenden Kälte beschlossen, das Personal in Häusern der Ortschaft einzuquartieren.

Gemäß Anweisungen des Brigadekommandeurs Sentschenko müssen die Bataillonskommandeure leerstehende oder nur teilweise bewohnte Häuser innerhalb des Gebiets von Awdejewka ausfindig machen, und dort das ihnen unterstellte Personal einquartieren, um Tod und Verletzung von Personal, Vernichtung von Militärtechnik zu verhindern und um die Gesundheit unter Bedingungen des Absinkens der Temperatur zu erhalten.

Außerdem wird in Anweisungen vorgeschrieben, bei der Wahl der Häuser solche zu bevorzugen, die über Gelände verfügen, das es erlaubt Waffen und Militärtechnik der Einheiten zu stationieren und zu tarnen.

Es ist wichtig anzumerken, dass trotz der eindeutigen Überschreitung der dienstlichen Vollmachten durch den Brigadekommandeur Sentschenko, der angewiesen hat, Häuser zu besetzen, die ukrainischen Kommandeure weiter gegangen sind.

Nach uns vorliegenden Informationen aus der Bevölkerung üben die Besatzer Druck auf die örtlichen Einwohner aus und fordern, dass sie aus ihren Häusern in leerstehende umziehen, um eine kompakte Unterbringung von Personal und Technik in benachbarten Höfen zu erreichen.

Um die Einwohner zusätzlich einzuschüchtern, riegeln die ukrainischen Besatzer ganze Stadtteile ab, errichten Checkpoints und verminen allgemeine Straßen in Ortschaften.

Inzwischen haben örtliche Einwohner uns mitgeteilt, dass ukrainische Kämpfer **Minensperren und Antipanzerstachdrahtverhaue im Nordwesten von Awdejewka** eingerichtet haben. Die ukrainischen Kämpfer lassen die Einwohner erst dann zu ihren Häusern, nachdem ihre persönlichen Dinge, Dokumente sowie die Inhalte von Kleidertaschen kontrolliert worden sind.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, die in Awdejewka herrschende Willkür zu erfassen und von den bewaffneten Formationen der Ukraine eine Beendigung der Unterdrückung der friedlichen Bevölkerung und eine Einhaltung ihrer Rechte und Freiheiten zu erreichen!

Wir wenden uns an die Einwohner der von der Ukraine besetzten Territorien – wenn Sie Zeugen derartiger Verbrechen der ukrainischen Armee wurden oder ukrainische Kämpfer Ihre Rechte und Freiheiten verletzt, wenden Sie sich unverzüglich an Mitarbeiter der OSZE-Mission sowie an die Rechtsschutzorgane und Rechtsschutzorganisationen oder informieren

Sie uns.

Unsere Aufklärung hat Informationen erhalten, dass die Ukraine Provokationen gegen die Russische Föderation vorbereitet.

So arbeitet nach uns vorliegenden Informationen derzeit in der Oblast Charkow an der Grenze zu Russland eine Gruppe von Mitarbeitern der Abteilung zum Schutz der nationalen Staatlichkeit des SBU, die Abschnitte der Grenze im Gebiet von Ochrimowka – Wolochowka – Woltschanskije Chutora untersuchen. Mitarbeiter des SBU interessierten sich bei den örtlichen Grenzschützern für Zeiträume und Mittel der Reaktion der russischen Grenzschützer im Fall von gesetzwidriger Überschreitung der Grenze aus Richtung der Ukraine in dem genannten Gebiet.

Außerdem behandeln Mitarbeiter des staatlichen Grenzdienstes auf Bitte des SBU die Frage einer zeitweiligen Stationierung einer Gruppe von 30 Mann in Woltschansk.

Wir schließen nicht aus, dass die Kiewer Führung vor dem Hintergrund der Unzufriedenheit der örtlichen Bevölkerung mit der Unterbringung afghanischer Flüchtlinge in privaten Hotels in einigen Regionen der Ukraine sowie im Zusammenhang der fehlenden Haushaltsmittel für deren Versorgung versucht, einen gesetzeswidrigen Übergang dieser auf das Territorium Russlands zu gewährleisten, um so die finanzielle Last und die Empörung der Bürger zu senken.

In der letzten Woche haben auf den allgemeinmilitärischen Übungsplätzen der Volksmiliz der DVR planmäßige Kontrollübungen zu Gebieten der militärischen Ausbildung stattgefunden.

Einheiten der Rohr- und Raketenartillerie erarbeiteten Normative zur Einnahme zuvor vorbereiteter Positionen, zum Schießen auf Übungszeit von nicht vorbereiteten Feuerpositionen aus, zur Berechnung topografischer Daten eines Ziels außerdem erarbeiteten sie Normative bezüglich der Aufgabe einer Feuerposition.

Panzereinheiten haben während der Woche auf Panzerübungsplätze ihre Kampffertigkeiten vervollkommen, indem sie Antipanzergräben und Wasserhindernisse überwandten.

Alle überprüften Einheiten zeigten hohe Ergebnisse und bestätigten das angemessene Niveau der militärischen Kenntnisse, die zur Zulassung zur Abschlussetappe des Ausbildungsjahr, der abschließenden Kontrolle des Ausbildungsjahres 2021, erforderlich sind.

snews.de: Selenski hält Krieg zwischen Russland und der Ukraine für möglich

Der ukrainische Präsident, Wladimir Selenski, hält es für möglich, dass es zu einem umfassenden Krieg zwischen der Ukraine und Russland kommt. Diese Meinung äußerte er am Freitag beim Forum „YES Brainstorming“ in Kiew.

„Ich denke schon. Dieses Thema hat Potenzial. (...) Das wird der größte Fehler Russlands sein, denn danach wird es keine Nachbarschaft mehr zwischen Russland, der Ukraine und Weißrussland geben“, sagte Selenski als Reaktion auf eine entsprechende Frage des Moderators.

Laut Selenski sind Russland und die Ukraine zu Feinden wegen der Handlungen Moskaus im Medienbereich geworden. „Das Problem besteht darin, dass es bei der Informationspolitik Russlands heute um die Missachtung der Selbständigkeit der Ukraine geht“. Das Verhältnis des ukrainischen Volkes zu den Russen sei deswegen gebrochen, wie Selenski feststellte.

Befragt zu seinem Verhältnis zu Wladimir Putin sagte der ukrainische Präsident, er habe keine Zeit über den russischen Präsidenten nachzudenken. „Ich interessiere mich mehr dafür, ob wir ein substantielles Treffen haben könnten“.

Der ukrainische Außenminister, Dmitri Kuleba, hatte zuvor die Bereitschaft Kiews zum Treffen angekündigt, dabei aber eingeräumt, dass Moskau das Treffen angeblich meidet.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow seinerseits entgegnete dazu mehrmals, dass Putin an einem bilateralen Treffen interessiert sei, es sei aber „kein politischer Willen in Kiew dazu da“. Laut diplomatischen Quellen hat die Ukraine bislang keinen offiziellen Vorschlag für ein solches

Treffen unterbreitet.

Die Beziehungen zwischen Moskau und Kiew verschlechterten sich vor dem Hintergrund der Lage im Donbass, nach dem nationalistisch geprägten Staatsstreich in der Ukraine 2014. Kiew wirft Russland Einmischung in innere Angelegenheiten vor und hat Russland sogar offiziell als „Aggressor-Staat“ titulierte.

Moskau weist die Anschuldigungen zurück und betont, dass die Ukraine sich in einer innenpolitischen Krise befindet. Die russische Seite sei daran interessiert, dass Kiew diese Krise überwindet.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/0a/3531088_0:0:2931:1649_1920x0_80_0_0_b024bde1ba6d56cf95949e93a47a1885.jpg

mil-lnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko über die Lage an der Kontaktlinie vom 4. September bis 10. September 2021

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche.

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Krymskoje aus **Frunse** mit Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowoswanowka aus **Kalinowo** zweimal mit Granatwerfern beschossen.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

Insgesamt hat haben die BFU **in der letzten Woche 12-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**, wobei **sechs Ortschaften** der Republik beschossen wurden: Solotoje-5, Shelobok, Sokolniki, Smeloje, Kalinowo und Frunse. ...

Die nicht kampfbedingten Verluste unter den Soldaten der BFU betragen in der letzten Woche drei Mann, davon zwei Tote ...

de.rt.com: Erstes Telefonat seit Monaten: Xi und Biden führen "umfassende strategische Kommunikation"

Seit der Amtszeit Obamas, des Vorgängers von Joe Biden im Amt des US-Präsidenten, wachsen die Spannungen zwischen Peking und Washington aufgrund der Versuche der USA, den Aufstieg Chinas einzudämmen. Dennoch zeigen die Seiten auch immer wieder Bereitschaft zum Kompromiss.

Der chinesische Präsident Xi Jinping hat am Freitag mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Joseph R. Biden telefoniert, wie die chinesische Agentur Xinhua berichtete. Es

war das erste Telefonat zwischen den Anführern beider Großmächte seit Februar. Die beiden Staatsoberhäupter tauschten sich laut dem Bericht der chinesischen Seite offen und ausführlich über die Beziehungen zwischen China und den USA sowie über relevante Themen von bilateralem Interesse aus. Es habe eine "umfassende strategische Kommunikation" gegeben.

Xi wies darauf hin, dass China und die Vereinigten Staaten das größte Entwicklungsland beziehungsweise das größte Industrieland sind. Die Zukunft der Welt hänge davon ab, ob beide ihre Beziehungen positiv gestalten können.

Angesichts der vielen gemeinsamen Herausforderungen, vor denen die internationale Gemeinschaft stehe, würden China und die Vereinigten Staaten eine langfristige Vision entwickeln und eine schwere Verantwortung übernehmen müssen, sagte er. Ihm zufolge müssen beide Länder nach vorne blicken und vorwärts drängen, strategischen Mut und politische Entschlossenheit zeigen und die bilateralen Beziehungen zum Wohle der Menschen in beiden Ländern und in der ganzen Welt so schnell wie möglich auf den richtigen Weg einer stabilen Entwicklung zurückbringen.

Xi sagte, dass die Behörden beider Staaten auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Kernanliegen und des richtigen Umgangs mit Unterschieden ihren Austausch fortsetzen können, um die Koordinierung und Zusammenarbeit in den Bereichen wie dem Klimawandel, der COVID-19-Pandemie und der wirtschaftlichen Erholung sowie bei anderen wichtigen internationalen und regionalen Fragen voranzutreiben.

Auch sollten laut dem chinesischen Staatschef beide Seiten das Potenzial der Zusammenarbeit weiter ausschöpfen, um den gegenseitigen Beziehungen mehr positive Dynamik zu verleihen. Biden erklärte seinerseits, dass beide Länder kein Interesse daran hätten, den Wettbewerb in einen Konflikt ausarten zu lassen. In Washington habe man nicht die Absicht, vom Ein-China-Prinzip abzurücken.

Laut der Pressemitteilung des Weißen Hauses führten beide Staatschefs eine "breite, strategische" Diskussion, bei der sie sowohl Themen ansprachen, bei denen sich die Interessen Chinas und der USA decken oder überschneiden, als auch kontroverse Themen. Die USA seien bereit, einen offeneren Austausch und konstruktive Diskussionen mit China zu führen, um wichtige und vorrangige Bereiche zu ermitteln, in denen eine Zusammenarbeit möglich sei, um so auch Missverständnisse, Fehlkalkulationen und unbeabsichtigte Konflikte zu vermeiden und die Beziehungen zwischen den USA und China wieder zu stabilisieren. Biden zufolge sei das Gespräch mit Xi Teil der Bemühungen der USA, den Wettstreit zwischen beiden Staaten "verantwortungsvoll" zu handhaben. Die USA hätten weiterhin ein Interesse an Frieden, Stabilität und Wohlstand im Indopazifik sowie in der gesamten Welt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613b104348fbef1b005c41e8.JPG>

snanews.de: **Taliban dringen in Pandschir vor: Großes Munitionslager erobert**

Die Taliban haben in Pandshir nach Angaben eines Kommandeurs ein großes Lager mit Munition und Ausrüstung besetzt.

Der Mitteilung zufolge befinden sich im Lager so viele Waffen und Ausrüstungsgegenstände, dass deren Transport nach Kabul bis zu mehreren Tagen in Anspruch nehmen könnte.

Dazu gehört auch Munition aus den sowjetischen Zeiten.

Am Montag hatten die Taliban bekanntgegeben, dass sie auch die einzige von ihnen bislang nicht kontrollierte Provinz Pandschir unter ihre Kontrolle gebracht hätten. Die Nationale Widerstandsfront hat jedoch diesen Bericht dementiert. Am Mittwoch hatte der Sprecher der „Nationalen Widerstandsfront Afghanistans“, Ali Nazary, gesagt, 60 Prozent des Tals blieben unter Kontrolle des Widerstandes.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/09/03/3466208_0:56:1080:664_1920x0_80_0_0_7d7c0d029e117a4f0e0cdaaab186f33.jpg

de.rt.com: **China: USA müssen am 20. Jahrestag des Afghanistankrieges Lehren ziehen**

Anlässlich des 20. Jahrestages des Afghanistankrieges, forderte China die USA ausdrücklich auf, "tiefgreifende" Lehren aus den Erfahrungen in Afghanistan zu ziehen. Offensichtlich sei es den USA nicht gelungen, Terrorbedrohungen zu beseitigen. Außerdem nehme die Anzahl terroristischer Organisationen in Afghanistan täglich zu.

Bei einer Pressekonferenz des Außenministeriums in Peking am Freitag erklärte Pressesprecher Zhao Lijian mit Hinsicht auf den verlorenen Afghanistankrieg der USA: "Terroristen sind Terroristen. Die Kategorisierung von Terroristen auf der Grundlage politischer Eigeninteressen bedeutet im Grunde eine Duldung terroristischer Aktivitäten, was die internationale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung ernsthaft untergräbt." Ebenso wurden die USA ausdrücklich aufgefordert, "tiefgreifende" Lehren aus den Erfahrungen in Afghanistan zu ziehen, nachdem es den USA nicht gelungen war, Terrorbedrohungen zu beseitigen und die Anzahl terroristischer Organisationen in Afghanistan täglich zunehme.

Zur aktuellen Situation in Afghanistan sagte Zhao auch, dass der Abschluss der US-Militärintervention in Afghanistan ein Neubeginn sein sollte, bei dem die USA Verantwortung übernehmen müssen. Die USA müssten den Afghanen mehr als jede andere Nation wirtschaftliche und humanitäre Hilfe anbieten und helfen, Stabilität zu wahren, Unruhen zu verhindern und einen soliden Fortschritt einzuschlagen, ohne dass die Souveränität Afghanistans verletzt wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613b7065b480cc72b901bba7.jpg>